

# Die Uhr tickt

**Koalition** Die Übergriffe von Köln haben die Zweifel am Flüchtlingskurs der Kanzlerin verstärkt. Merkel setzt auf eine europäische Lösung, doch die Zeit dafür wird knapp. In der Union wächst der Wunsch nach einer anderen Politik – zur Not ohne Merkel.



**D**as ungewöhnlichste Tribunal der Republik tritt ungefähr 25-mal im Jahr zusammen, meistens dienstags, in jenem grau vertäfelten Saal im dritten Stock des Reichstags, in dem die Abgeordneten der Unionsfraktion zu tagen pflegen. Vorn sitzt die Angeklagte, Kanzlerin Angela Merkel. An den langen Tischreihen im Parkett drängen sich die Kläger, jene drei oder vier Dutzend Hinterbänkler, die sich mit der Flüchtlingspolitik ihrer Parteichefin zunehmend im Ton von Staatsanwälten auseinandersetzen.

Diese Woche war es wieder so weit. „Wir müssen die Flüchtlinge endlich effektiv registrieren“, forderte der Innenpolitiker Armin Schuster. „Wir dürfen keine unbequemen Fakten vertuschen“, klagte der hessische Parlamentarier Klaus-Peter Willisch. „Wir müssen die Zahl der illegalen Migranten aus Balkanstaaten verringern, die nach Deutschland kommen“, mahnte der Abgeordnete Mark Hauptmann aus Thüringen.

Die Beschuldigte, die sich früher gern wortreich zu verteidigen pflegte, verweigerte diesmal die Aussage. Schweigend nahm Merkel die Anklagen zur Kenntnis, tippte lustlos auf ihrem Handy herum oder

der Bevölkerung, die im Urteil über Merkels Politik seit Monaten zwischen Sympathie und Skepsis schwankt, werden die Fragen drängender: Überfordert die Integration von mehr als einer Million Flüchtlingen die Gesellschaft? Kann die Regierung die Sicherheit ihrer Bürger noch garantieren – oder haben diejenigen in Polizei und Justizapparat recht, die schon von einem Staatsversagen sprechen (siehe Seite 18)?

Es ist nach wie vor richtig, dass Deutschland einer möglichst großen Zahl von Menschen Zuflucht bietet, die vor den Gräueln des syrischen Bürgerkriegs fliehen. Und es ist nachvollziehbar, dass Merkel zögert, die deutsche Grenze zu schließen, und damit die Errungenschaft des freien europäischen Reiseverkehrs aufs Spiel setzt.

Aber Merkel hat es versäumt, die Flüchtlingsströme rechtzeitig in geordnete Bahnen zu lenken. Inzwischen macht sich selbst unter ihren Anhängern die Sorge breit, dass ihr sogenannter europäischer Weg in einer Sackgasse enden könnte. Einstige Verbündete wie die Regierung Schwedens haben an ihren Landesgrenzen wieder scharfe Kontrollen eingeführt. Konservative Verfassungsrichter wie Udo Di Fabio oder Hans-Jürgen Papier werfen der Kanzlerin schwere Fehler vor. Und liberale Blätter wie die „New York Times“, die Merkels Willkommenskultur lange Zeit gar nicht genug bewundern konnten, drucken nun Kolumnen, in denen ihre Politik als „Narretei“ abgetan wird.

Auch in der Union hat die Kritik eine neue Qualität erreicht. Merkel will, wenn irgend möglich, an ihrem Kurs festhalten. Doch in der CDU glauben inzwischen viele, dass die Zeit dafür nicht reicht. Eine Ansicht, die in der Schwesterpartei CSU nicht nur geteilt, sondern auch mit konkreten Daten versehen wird. „In den nächsten 14 Tagen werden wir die Bundesregierung schriftlich auffordern, an den Grenzen wieder rechtlich geordnete Verhältnisse herzustellen“, sagt Parteichef Horst Seehofer. „Wenn sie das nicht tut, wird der Staatsregierung gar nichts anderes übrig bleiben, als vor dem Bundesverfassungsgericht zu klagen.“

Nun tickt die Uhr. Entweder gelingt es Merkel und Seehofer, sich vor den wichtigen Landtagswahlen im März auf eine gemeinsame Linie zu einigen. Oder die Kanzlerin riskiert einen anhaltenden Machtkampf mit den eigenen Leuten, der sie am Ende das Amt kosten könnte. Schafft Merkel das – oder schafft sie sich ab?

Dass die Flüchtlingskrise eine neue Eskalationsstufe erreicht, liegt nicht nur an den Skandalen aus Köln. Grund ist vor allem, dass Merkel mit ihrem Plan, den Asylbewerberstrom bereits an den EU-Außengrenzen zu stoppen, bisher kaum vorangekommen ist. Die Verhandlungen mit der Türkei stocken, und Deutschlands Nachbarn im Süden und Osten des Kontinents sind erst recht keine Hilfe. „Europa“,



### Silvesterfeiernde in Köln

Eine Nacht, die alles ändert

blickte genervt an die Decke. So schnell kann sich die Welt drehen.

Gerade mal einen Monat ist es her, dass die Union der Asylpolitik ihrer Vorsitzenden auf dem Karlsruher Parteitag stehend Beifall gezollt hatte. Als große Versöhnerin war Merkel damals aufgetreten, hatte ihre Kritiker umschmeichelt, eine „spürbare Reduzierung“ der Flüchtlingszahlen versprochen und dafür die überwältigende Zustimmung der Delegierten bekommen. Von „einem Triumph“ schrieben die Zeitungen.

Doch dann kam die Kölner Silvesternacht – und seither ist alles anders, in Merkels Partei wie im Land. Die teils hysterische Flüchtlingsdebatte in Talkshows, im Netz und an den Stammtischen ist noch hysterischer geworden. Die Berliner Politik flüchtet sich in Aktionismus. Und in der Mitte



FABRIZIO BENSCH / REUTERS

**Anti-Merkel-Plakat in Leipzig:** Die teils hysterische Debatte ist noch hysterischer geworden

klagt ein Mitglied des Merkel-Kabinetts, „lässt uns hängen.“

Dabei hatte die Kanzlerin gemeinsam mit Kommissionschef Jean-Claude Juncker bereits im vergangenen Herbst ein vielversprechendes Konzept ausgearbeitet. Wer mit dem Boot oder der Fähre nach Europa übersetzt, sollte in speziellen Lagern in Griechenland und Italien („Hotspots“) registriert und von dort nach festen Quoten in andere EU-Länder verteilt werden. Zugleich wollte Brüssel die Mittelmeerstrände des Kontinents mithilfe der europäischen Grenzschutzagentur Frontex abschotten, zur Not gegen den Willen des betroffenen Staats.

Doch bis heute sind die Pläne eher Theorie als Praxis. Den sogenannten Erstaufnahmeeinrichtungen fehlen die Mittel, um bei den Ankommenden wenigstens die Fingerabdrücke zu nehmen. Um den Notstand zu beheben, bewilligte die Kommission jetzt Notgelder zur Anschaffung von 90 Maschinen.

Zugleich gerät das Vorhaben, 160 000 Flüchtlinge in der EU umzuverteilen, zu einer Blamage. Bis zum 7. Januar hat Brüssel lediglich 272 Personen umgesiedelt, so die EU-Kommission. Und was noch schlimmer ist: Der Widerstand kommt nicht nur von den ausgewiesenen Kritikern des Merkel-Kurses in Polen oder Ungarn, sondern auch von den vermeintlichen Verbündeten im Zentrum des Kontinents. „Beinahe alle Länder in der EU setzen zu Hause nicht um, was im Rat beschlossen wurde, und zwar weder im Osten noch im Westen“, stellte EU-Ratspräsident Donald Tusk am Dienstag bei einem Treffen mit sozialdemokratischen EU-Parlamentariern fest.

Ihre Idee, feste Kontingente an Flüchtlingen direkt aus der Türkei nach Europa zu holen, kann Merkel deshalb erst einmal vergessen. Selbst Länder, die in der EU zu ihren Verbündeten zählen, wollen zunächst sehen, dass die Zahl der Flüchtlinge sinkt.

Die Erzählungen der gedemütigten Frauen auf der Kölner Domplatte haben ein Übriges getan, die Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen zu senken, vor allem in Osteuropa. „Wir wollen nicht, dass auch in der Slowakei etwas wie in Deutschland geschehen kann“, sagte Re-

gierungschef Robert Fico vorige Woche in Bratislava.

Hinzu kommt, dass auch die Türkei Merkel zappeln lässt: Zwar gebe es einige positive Signale, sagte EU-Vizekommissionschef Frans Timmermans, nachdem er das Land Anfang der Woche besucht hatte. Doch seine Beamten registrieren besorgt, dass in den vergangenen Monaten nicht nur Syrer und Afghanen, sondern auch nordafrikanische Staatsbürger über die Türkei in die EU kamen, angeblich auch, weil die halbstaatliche Fluggesellschaft Turkish Airlines gute Geschäfte mit Flügen aus dieser Region macht.

Die Fachleute in Brüssel haben deshalb kaum noch Hoffnung, dass die Flüchtlingszahlen rasch sinken. Zurzeit treffen in der Regel noch immer rund 3000 Menschen täglich in Griechenland ein. Und das im Januar, wo in der Ägäis die Winterstürme toben. Bald aber wird es dort wieder wärmer und die Überfahrt leichter – werden dann die Zahlen sinken?

Darauf wollen viele in der Union nicht mehr wetten. Wie schlecht die Stimmung ist, zeigte sich am Montag in Berlin, als sich die Unionsabgeordneten aus Bayern und Baden-Württemberg zu einer gemeinsamen Sitzung trafen. Ein Abgeordneter nach dem anderen forderte strengere Grenzkontrollen und eine Obergrenze für Flüchtlinge, ein „einziges Scherbengericht“, sagt ein Teilnehmer. Die CSU vertritt solche Positionen seit Langem. Die baden-württembergischen CDU-Abgeordneten „sind mittlerweile noch radikaler unterwegs als wir“, hieß es aus der CSU anerkennend.

Selbst ein Regierungsmitglied ging auf Gegenkurs zur Kanzlerin. Verkehrsminis-

**Die Bürger sehen, dass die Kanzlerin es nicht schafft, elementares Recht des Staates durchzusetzen.**

ter Alexander Dobrindt warnte, dass die Vorgänge in Köln das Sicherheitsgefühl der Deutschen zutiefst verletzt hätten. „Je mehr die Bürger sich individuell betroffen fühlen, desto mehr stellen sie die Kernkompetenz der Unionsparteien infrage“, warnte Dobrindt.

Das gleiche Gefühl haben viele in der Union. Im Fraktionsvorstand meldeten sich am Dienstag Abgeordnete besorgt zu Wort, die Merkels Kurs bislang mitgetragen hatten, wie der Finanzpolitiker Ralph Brinkhaus oder der Wirtschaftsmann Michael Fuchs. Auch die CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt, die immer wieder versucht hatte, zwischen Merkel und Seehofer zu vermitteln, forderte für ihre Verhältnisse vehement, es müsse möglich sein, Flüchtlinge ohne gültige Papiere an der Grenze abzuweisen. Selbst loyale Mitstreiter wie der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier melden öffentlich Zweifel am Erfolg von Merkels Kurs an: „Ich setze nach wie vor auf eine europäische Lösung. Aber wenn man in Europa nicht vorankommt, dann muss man neue Wege gehen.“

Nicht nur die Zahl der Hetzbriefe und E-Mails, die die Abgeordneten bekommen, ist deutlich gestiegen. Auch die Anfragen von verunsicherten Bürgern, die nichts mit Pegida oder rechten Gruppierungen zu tun haben wollen, haben sich dramatisch erhöht. Das hat viele Abgeordnete, die bislang noch auf Merkels Seite standen, umschwenken lassen. „Die Befürworter einer anderen Politik sind mittlerweile deutlich in der Mehrheit“, sagt einer, der sie unterstützt.

Besonders bedrohlich ist es für Merkel, dass die Zahl der Parlamentarier steigt, die eine Beschädigung der Kanzlerin in Kauf nehmen würden. „Bisher war Konsens, dass wir das Flüchtlingsproblem mit Merkel lösen müssen“, sagt ein hochrangiger CDU-Mann. „Jetzt sagen einige, wir müssen das Problem lösen, zur Not auch ohne Merkel. Das ist noch eine Minderheit, aber eine, die wächst.“

Den größten Druck aber übt wie schon seit Monaten die CSU aus. Mit seiner Ankündigung, gegen Merkels Flüchtlingskurs im Notfall vor das Verfassungsgericht zu ziehen, kommt Seehofer nicht nur Hardlinern wie seinem Finanzminister Markus Söder entgegen, der im SPIEGEL-Interview eine Abstimmung im Bundestag fordert (siehe Seite 16). Er denkt auch an die finanziellen Interessen seines Freistaats. Sollte Bayern in Karlsruhe obsiegen, lässt Seehofer durchblicken, werde er neue Forderungen an Berlin richten. „Vor diesem Hintergrund muss man erst recht darüber nachdenken, dass sich der Bund verstärkt an den Kosten beteiligen muss“, sagt er.

Geld war schon immer ein gutes Argument in der Politik, noch wichtiger aber sind Wählerstimmen. Doch auch hier gibt

# „Wir brauchen einen Plan B“

**Union** Der bayerische Finanzminister Markus Söder, 49, erklärt, welche Schlüsse er aus der Silvester-nacht von Köln zieht und warum er die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin für undemokratisch hält.

**SPIEGEL:** Herr Söder, nach den Anschlägen von Paris haben Sie getwittert: „Paris ändert alles.“ Muss es jetzt heißen: „Köln ändert alles“?

**Söder:** Viele Menschen sind verunsichert, empört und entsetzt. Das Sicherheitsgefühl der Bürger hat sich deutlich verschlechtert. Die unbegrenzte Zuwanderung stößt auf immer weniger Akzeptanz in Deutschland. Köln hat leider viele Befürchtungen bestätigt.

**SPIEGEL:** Was meinen Sie genau?

**Söder:** Der Staat darf keine Gewalt gegen Frauen dulden, Parallelgesellschaften oder No-go-Areas akzeptieren. Der Schutz der Bürger ist oberste Aufgabe des Staates. Die Vorfälle in Köln haben gezeigt, dass es nicht mehr nur reicht zu mahnen. Jetzt muss gehandelt werden.

**SPIEGEL:** Dass klingt immer kernig. Was soll denn konkret geschehen?

**Söder:** Wir müssen wieder wissen, wer sich in unserem Land aufhält. Dazu muss sich die Situation an den Grenzen grundlegend ändern.

**SPIEGEL:** Bundesinnenminister Thomas de Maizière sagt, seit Dezember werde jeder Einreisende an der Grenze namentlich registriert. Die Behörden wüssten, wer im Land ist.

**Söder:** Der Terrorist, der in der vergangenen Woche in Paris erschossen wurde, war in Deutschland offenkundig unter verschiedenen Identitäten registriert. Das kann nicht sein. Wir brauchen eine konsequente und lückenlose Sicherung und Kontrolle der Grenzen und eine bessere Abstimmung der Behörden in Deutschland.

**SPIEGEL:** CDU-Generalsekretär Peter Tauber will 1000 Menschen pro Tag ausweisen lassen.

**Söder:** Wir sollten diejenigen, die ohnehin nicht in Deutschland bleiben können, gar nicht erst ins Land lassen. In manchen Fällen ist es besser, gleich abzuweisen, als später auszuweisen.

**SPIEGEL:** Dann sind Sie ja auf einer Linie mit Angela Merkel. Sie sagt auch, dass sie die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, reduzieren will.

**Söder:** Wir wollen alle die Zahl der Flüchtlinge reduzieren. Nur im Weg dorthin



**CSU-Politiker Söder**

„Köln hat das Bewusstsein verändert“

unterscheiden wir uns: Wir sind von einer Begrenzung der Zuwanderung mit einer festen Obergrenze überzeugt. Es verdient Respekt, dass die Kanzlerin aus humanitären Gründen in einer Ausnahmesituation die Grenzen geöffnet hat. Aber die dauerhafte Aussetzung des Rechts löst kein Problem, sondern schafft nur täglich neue. Jeden Tag kommen um die 3000 bis 4000 Flüchtlinge. Das sind im Jahr über eine Million. Dass die Zahlen im Moment niedriger sind, liegt am Wetter und nicht an der Politik.

**SPIEGEL:** Frau Merkel will die Frage europäisch lösen. Sie will mithilfe der Türkei die EU-Außengrenzen sichern und die Flüchtlinge in den Mitgliedstaaten verteilen.

**Söder:** Wir sind sehr für europäische Lösungen. Aber die sind kaum in Sicht. Und das Zeitfenster wird enger. Wir brauchen einen Plan B. Bis europäische Lösungen wirklich greifen, brauchen wir wirksame nationale Lösungen.

**SPIEGEL:** Wie sähen die aus?

**Söder:** Wir brauchen eine Begrenzung der Zuwanderung, konsequenteres Abschieben nicht anerkannter Asylbewerber, mehr sichere Drittstaaten, die Sicherung der eigenen Grenzen und mehr Polizei im öffentlichen Raum in Deutschland. Das machen andere europäische Staaten auch. Sogar die liberalen Schweden.

**SPIEGEL:** Wenn Deutschland die Grenzen dichtmacht, dann steht das Schengen-System der offenen Grenzen vor dem Aus.

**Söder:** Im Gegenteil: Wenn wir nicht handeln, wird Schengen in sich zusammenfallen, weil die Bürger es nicht mehr akzeptieren. Der Sonderweg in der Flüchtlingsfrage führt zu einer zunehmenden Isolation Deutschlands in Europa. Dieser Weg hat nach Ansicht von Verfassungsrechtlern auch keine ausreichende demokratische Legitimation.

**SPIEGEL:** Soweit wir wissen, ist bei der Wahl von Angela Merkel alles mit rechten Dingen zugegangen.

**Söder:** Der fundamentale Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik war eine Entscheidung der Bundeskanzlerin und des SPD-Vorsitzenden. Das war in der konkreten Situation vielleicht aus humanitären Gründen nicht anders möglich. Aber der Bundestag ist nie gefragt worden, ob er die dauerhafte Fortsetzung des Ausnahmezustandes will.

**SPIEGEL:** Wollen Sie eine Parlamentsentscheidung über eine Obergrenze?

**Söder:** Wenn wir einige Bundeswehrsoldaten in einen Auslandseinsatz schicken, muss der Bundestag zustimmen. Wenn wir mehr als eine Million Menschen in unserem Land aufnehmen, dann sollte das Parlament ebenfalls die letzte Entscheidung haben.

**SPIEGEL:** Ihr Parteichef Horst Seehofer hat gesagt, Deutschland könne jährlich etwa 200.000 Flüchtlinge integrieren. Wenn es so weitergeht, wird diese Zahl spätestens im März erreicht sein. Und dann?

**Söder:** Als Option bleibt, dass der Freistaat Bayern Klage gegen den Bund einreichen könnte. Das Gutachten des früheren Verfassungsrichters Udo Di Fabio hat unsere Auffassung bestätigt,

DIETER MARX / DER SPIEGEL

dass eine Politik der offenen Grenzen nicht von Recht und Gesetz gedeckt ist.

**SPiegel:** Sie wollen gegen eine Regierung klagen, der Sie selbst angehören?

**Söder:** Wenn die Flüchtlingszahlen nicht zurückgehen, stehen wir alle vor schwierigen Diskussionen.

**SPiegel:** Sie müssten in einem solchen Fall die Koalition mit der CDU aufkündigen.

**Söder:** Wir wollen mit der Kanzlerin gemeinsam die Probleme lösen. Die Einwanderungspolitik ist das zentrale Thema für viele Menschen. Daher braucht es ernsthafte Lösungen und Entscheidungen.

**SPiegel:** Ist es denkbar, dass es eine Lösung in Ihrem Sinne nur ohne Frau Merkel geben kann?

**Söder:** Nein. Personaldebatten lösen keine Probleme.

**SPiegel:** Aus Sicht der CSU steht die Kanzlerin einer Lösung der Probleme im Weg.

**Söder:** Wir stützen Frau Merkel auf praktisch allen Politikfeldern. Dieses Thema aber rührt an die Grundfesten des Staates und der Union. Es geht um die vielleicht wichtigste Frage der Bürger: Sorgt der Staat ausreichend für meine Sicherheit?

**SPiegel:** Bislang macht Frau Merkel wenig Anstalten, ihre Linie zu ändern. Sie hat dafür auf dem CDU-Parteitag im Dezember fast einstimmige Zustimmung bekommen.

**Söder:** Köln hat nicht nur das Bewusstsein der Bürger, sondern auch der Politik verändert. Das sieht man daran, wie schnell SPD und Union in Berlin Entscheidungen getroffen haben, die vor Weihnachten noch völlig undenkbar waren. Die Realität in deutschen Städten überholt die Stimmung an manchen Parteitag.

**SPiegel:** Und falls nicht?

**Söder:** Dann bekommen wir ernsthafte Probleme. Die Rechtsradikalen, die marodierend durch unsere Innenstädte ziehen, muss die volle Härte des Gesetzes treffen. Es darf keine falsch verstandene Akzeptanz für Hooligans in Deutschland entstehen.

**SPiegel:** Haben Sie nicht die Sorge, dass ein Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik die Rechtsradikalen erst recht ermuntern könnte?

**Söder:** Absurd. Ich glaube einfach, dass die Deutschen ein Signal erwarten, dass sich etwas ändert.

**SPiegel:** Frau Merkel sieht das offenkundig anders.

**Söder:** Wir werden kommende Woche bei der Klausurtagung der Landtagsabgeordneten mit der Bundeskanzlerin in Kreuth diskutieren. Das bietet eine neue Chance.

Interview: Ralf Neukirch

es schlechte Nachrichten für Merkel. Bislang hatten viele in der Union gehofft, die Verluste bei den anstehenden Landtagswahlen in Grenzen halten zu können. Soll die AfD ruhig ein bisschen zulegen, so lautete insgeheim das Kalkül, solange die CDU den Posten des Ministerpräsidenten ergattert.

Doch nun zeigen die jüngsten Umfragen, dass es für die Union viel schlimmer kommen könnte als bislang gedacht. Danach würde die AfD nicht nur in alle Landtage einziehen, sie darf in Baden-Württemberg sogar auf ein zweistelliges Ergebnis hoffen (siehe Grafik). In Stuttgart könnte es dann sogar für eine Ampelkoalition unter Führung des bisherigen grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann reichen. Und in Rheinland-Pfalz, wo Infratest dimap die AfD derzeit bei 8 Prozent taxiert, bekäme Julia Klöckner nach derselben Umfrage nur noch 37 Prozent. Für eine schwarz-gelbe Koalition würde es dann nicht reichen.

Käme es so, wäre das für Merkel ein Desaster. Niederlagen bei wichtigen Landtagswahlen: Das ist schon ihrem Vorgänger Gerhard Schröder zum Verhängnis geworden.

Merkel weiß, dass ihr die Zeit davonläuft. Wenn es ihr nicht bald gelingt, Erfolge vorzuweisen, dann wankt ihre Kanzlerschaft. Das räumen auch ihre Leute ein: „Dann stellt sich die Machtfrage“, sagt einer.

Die Kanzlerin argumentiert, dass die Lösungen nicht funktionieren, die ihre Gegner

nun präsentieren. Grenzschießung nach Österreich? Das würde aus ihrer Sicht einen Dominoeffekt auslösen, der das Schengen-System der offenen Grenzen zerstört und den Balkan destabilisiert.

Mehr als einen Putsch fürchtet die Kanzlerin eine langsame Zerrüttung ihrer Autorität. Die gründet sich bisher auch auf dem Image, dass sie noch jede Krise gemeistert hat. Nun aber zerplatzt jedes Versprechen Merksels wie eine Seifenblase, die Bürger sehen, dass die Kanzlerin es nicht schafft, ein elementares Recht des Staates durchzusetzen: zu kontrollieren, wer ins Land kommt.

Längst hat daher auch im Kanzleramt das Überlegen darüber begonnen, wie ein Plan B aussehen könnte. Die komplette Abriegelung der deutschen Grenze kann es nicht sein, der Gesichtsverlust für Merkel wäre zu groß.

In ihrem Umfeld werden andere Lösungen durchgespielt. So könnten bestimmte Gruppen, etwa Afghanen, an der Grenze abgewiesen werden. Das würde zumindest den Willen demonstrieren, die Hoheit über die deutsche Grenze zurückzugewinnen. Gleichzeitig wäre die Idee offener Grenzen in Europa nicht zwangsläufig beendet.

In der Unionsspitze gewinnt eine Idee Anhänger, die die österreichische Regierung favorisiert. Demnach würden deutsche und österreichische Polizisten ihren Kollegen in Slowenien und möglicherweise auch Kroatien bei der Sicherung der Außengrenze helfen. Asylbewerber, die mit gefälschten Dokumenten oder ohne Papiere einreisen wollen, sollen zurückgewiesen werden. Die Zahl der Flüchtlinge, die über die sogenannte Balkanroute nach Europa kommen, könnte so deutlich reduziert werden – das ist zumindest die Hoffnung.

Über einen entsprechenden Vorschlag sprach die österreichische Innenministerin Johanna Mikl-Leitner am Mittwoch mit Emily Haber, der Staatssekretärin im Bundesinnenministerium. Von Bundesinnenminister Thomas de Maizière ist bekannt, dass er nichts dagegen hätte, bestimmte Gruppen von Flüchtlingen gar nicht erst ins Land zu lassen. Aus Loyalität zu Merkel hat er bislang keine entsprechende Anweisung an die Bundespolizei gegeben.

Eine Verlagerung der Kontrollen an die slowenische und kroatische Grenze würde eine Menge praktischer und rechtlicher Fragen aufwerfen. Politisch allerdings wäre es eine elegante Lösung, die Merkel einen Teiltrückzug ohne Gesichtsverlust und einen Kompromiss mit der CSU ermöglichen würde.

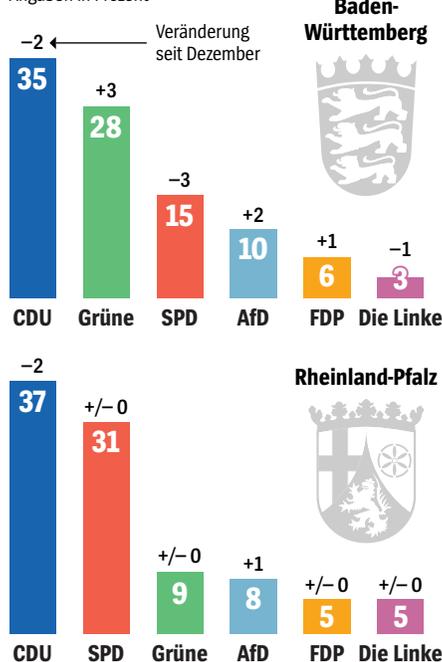
Im Innenministerium hieß es, man werde sich schon bald mit dem österreichischen Vorschlag befassen, und zwar „zügig und mit der gebotenen Sorgfalt“.

Melanie Amann, Peter Müller, Ralf Neukirch, René Pfister, Michael Sauga, Christoph Schult

## Sonntagsfrage

„Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Landtagswahl wäre?“

Angaben in Prozent



Infratest dimap vom 7. bis 12. (BW) bzw. 6. bis 11. (RP) Januar; 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: Sonstige/„weiß nicht“/keine Angabe